

Was die EU einer Krankenschwester wert ist

Gastkommentar in der Badischen Zeitung vom 31.1.2004

Was ist die bedeutendste wirtschaftspolitische Weichenstellung der letzten 50 Jahre? Viele werden zu Recht sagen: die europäische Integration. Denn sie hat nicht nur den Binnenmarkt, sondern vor allem auch eine Ära des Friedens hervorgebracht. In Afrika, Südamerika und Asien nimmt man sich deshalb die EU zum Vorbild.

Doch in der Tagespolitik ist die europäische Integration mit viel Streit verknüpft, der so gar nicht zu diesem Erfolgsmodell passen will. Derzeit geht es wieder einmal um Geld. Deutschland will den EU-Haushalt auf dem heutigen Niveau belassen. Andere Mitgliedstaaten und die EU-Kommission wollen dagegen eine Aufstockung um 24 Prozent. Um was konkret gestritten wird, bleibt für die meisten Bürger allerdings unklar. Denn die zentrale Größe im Schacher um die EU-Finzen ist die sogenannte Nettobelastung: Deutschland muß jedes Jahr einen Beitrag an die EU zahlen, der aus den Steuereinnahmen abgezweigt wird; 2002 waren es knapp 18 Milliarden Euro. Umgekehrt fließen EU-Mittel zweckgebunden auch nach Deutschland, zum Beispiel Subventionen an deutsche Landwirte und Strukturfonds-Gelder nach Ostdeutschland. Die Differenz aus beidem ist die Nettobelastung.

Doch für die Bürger spielt diese Nettobelastung überhaupt keine Rolle. Eine Freiburger Krankenschwester finanziert zwar die EU mit ihrer Steuerlast mit, erhält aber, wie die meisten Deutschen, von den Zahlungen der EU keinen Cent; von diesen Zahlungen profitiert nur eine Minderheit. Für die Krankenschwester ist nicht die Nettobelastung Deutschlands interessant, sondern ihr Anteil an dem deutschen Bruttobeitrag von knapp 18 Milliarden Euro, den sie über ihre Steuern zu tragen hat.

Diesen Anteil kennt sie aber nicht. Deshalb wäre es gut, wenn Deutschland den EU-Beitrag nicht aus dem allgemeinen Steueraufkommen, sondern isoliert finanzieren würde. Machbar ist das mit einer mitgliedstaatlichen – also von Deutschland erhobenen – Europa-Einkommensteuer (nicht zu verwechseln mit einer EU-Steuer, die von der EU erhoben würde und die gravierende Nachteile hätte); gleichzeitig ist die allgemeine Einkommensteuer in demselben Umfang zu senken.

Das würde die Kosten der EU für den einzelnen Bürger transparent machen. Denn dann könnte jeder auf seinem Einkommensteuerbescheid lesen, wieviel Steuern er für den deutschen Staat und wieviel Steuern er für die EU bezahlt. Wenn man den heutigen deutschen EU-Beitrag der Einkommensteuer zuordnet, zahlt jemand, der 5000 Euro Einkommensteuer abführt, faktisch 4450 Euro für den deutschen Staat und 550 Euro für Brüssel. Ohne daß sich an der Gesamtbelastung für den einzelnen Bürger etwas ändert, kann und sollte man beide Beträge über jeweils eine eigene Steuer auch getrennt erheben und ausweisen.

Wenn man so die Kosten der EU transparent macht, wird auch der derzeitige Finanzierungsstreit für die Bürger nachvollziehbar:

Deutschland will den EU-Haushalt auf dem heutigen Niveau belassen. Bei dieser Lösung würden die deutschen Steuerzahler nicht stärker belastet. Eine Europa-Einkommensteuer

bliebe gleich hoch. Allerdings müßten die vorhandenen EU-Mittel ab Mai 2004 wegen der Osterweiterung nicht mehr auf 15 Staaten, sondern auf 25 Staaten verteilt werden. Daher würden deutsche EU-Subventionsempfänger weniger Geld aus Brüssel bekommen.

Andere Mitgliedstaaten und die EU-Kommission wollen dagegen eine Aufstockung des EU-Haushalts um 24 %, damit angesichts der Osterweiterung die Subventionsmittel erhöht und so Subventionskürzungen in den alten Mitgliedstaaten vermieden werden können. Die deutschen Steuerzahler müßten bei dieser Regelung rund 5 Milliarden Euro mehr an Brüssel zahlen. Wer heute 4450 Euro für den deutschen Staat und 550 Euro für die EU zahlt, müßte dann faktisch 4450 Euro und 700 Euro bezahlen. Mit einer Europa-Einkommensteuer ließe sich diese Zusatzbelastung nicht mehr vor den Bürgern im Bundeshaushalt verstecken.

Eine Europa-Einkommensteuer würde vielmehr allen klarmachen, um was der Streit geht: Sollen wir für mehr Subventionen die Steuern erhöhen? Auch als begeisterter Europäer darf man diese Frage mit Nein beantworten.

Dr. habil. Lüder Gerken, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für Ordnungspolitik